Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

# Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 24. August 1926
Dienstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 RM. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Werk * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltverkehr * Bild im Bilde

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. —:— Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. —:—

65. Jahrgang
Nr. 393
24. 8. a
10 Uhrnacht

## Zum Tage

Das Gaukelspiel, das die Franzosen und ihre Vasallen wegen Sabotage der Abrüstungsverhandlungen in Genf aufführen, wird im „Diario de la Marina" Habanna, einer der angesehensten Zeitungen des spanischen Sprachgebiets, reizvoll kommentiert. Dieses Blatt in Deutschland vertritt, schreibt u. a.: „Ausgerechnet in Genf die „pazifistischen Rüstungen" aufzubringen, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Herr Paul-Boncour, der beredte Verfechter der bewußten These, wird sicher schon einmal von den Genfer Bevölkerung allährlich am 11., 12. und 13. Dezember das Gedenken an den 1602 abgeschlagenen Handstreich der savoyischen Truppen auf Genf, die sogenannte „Escalade" (Sturmangriff), feierlich begeht. Schon war es dem Feinde gelungen, auf den Mauern Fuß zu fassen, und sein Vordringen schien unwiderstehlich. Aber als man alles bereits verloren wähnte, erhielten die Verteidiger der Stadt in ihrer heldenhaften Gegenwehr eine unerwartete Unterstützung. Von einem einmütigen waterländischen Impuls geleitet, stürzte die Genfer Weiblichkeit, mit Kochtöpfen voll siedenden Wassers bewaffnet, auf die Straßen, erklommen die Mauern und Wachttürme und entleerte den kochendheißen Inhalt auf die Köpfe der Angreifer, denen nichts anderes übrig blieb, als ihr Heil bei schleunigster Flucht zu suchen.

—Drei „potentielle" Elemente waren es, die hier das Glück der Waffen entschieden: Frauen, Kochtöpfe und heißes Wasser! Es wäre nun ungerechtfertigt, unklug und geradezu unpatriotisch, wenn eine Kommission, die beauftragt ist, just von Genf aus das gewichtige und umfassende Problem der „potentiellen Kriegsrüstungen" zu prüfen, das entscheidende Weißwort der Genfer „Escalade" außer Acht lassen wollte. Hier ergeben sich fürwahr erschreckende Aussichten. Die Zahl der deutschen Frauen beträgt zurzeit nicht weniger als 32 Millionen. Ueber die Anzahl der Kochtöpfe bestehen, wiewohl hierzulande die statistische Wissenschaft weit fortgeschritten ist, keinerlei amtliche Angaben. Gleichviel muß ihre Zahl beträchtlich sein: 100 Millionen sind es sicher, und wir unterlegen sie noch zu niedrig gegriffen. Was aber das heiße Wasser anbelangt, so steht sich die Welt da vor geradezu unberechenbare Möglichkeiten gestellt. Das „potentielle" Problem ist demnach folgendes: wieviel Liter heißes Wasser können die deutschen Frauen im Laufe der Jahrhunderte bis zur Erschöpfung der im deutschen Boden vorhandenen Kohlenreserven ergießen? Ehe diese Angabe nicht bekannt ist, wird es nicht möglich sein, sich eine einigermaßen genaue Vorstellung von Deutschlands „potentieller Kriegsrüstung" zu verschaffen und ebenso wenig vergleichsweise eine solche von der Frankreich, England, Rußland oder irgendeines anderen Landes, das über Frauen, Kochtöpfe, Wasser und Möglichkeiten, dasselbe zu erwärmen, verfügt. Aus Vorstehendem ergibt sich notwendig die Folgerung, daß es dem Unterstützungsausschuß für „potentielle Kriegsrüstungen", des Vorbereitenden Komitees usw. usw. nicht an Arbeit fehlen wird. Es wird sogar behauptet, daß die Ermittlung der potentiellen Kriegsrüstungen der verschiedenen Länder sich unbedingt im Endlosen verlieren müsse, somit undurchführbar und, in wieweit sie durchgeführt, vollkommen unnütz sei. Worten wir also die Ergebnisse des Unterstützungsunterausschusses für „potentielle Kriegsrüstungen" ab, und wir wollen hoffen, daß wir des Wartens nicht müde werden."

*

Das Rätsel des Nankau-Passes ist immer noch nicht gelöst und wird vielleicht, wie so viele Ereignisse in China, eine für europäisches Empfinden beschiedenen Lösung nicht finden. Die Volksarmee, deren Größe auf 150 000 Mann geschätzt wird, zieht sich vor den von Peking aus vorrückenden Armeen Chang Tso-lins und Wu Pei-fus in das 250 Kilometer von Peking liegende Gebirgsland zurück. Die mit Hilfe der Sowjetunion genügend mit Waffen und Munition versehene Armee findet in den Pässen und Schluchten des Gebirges eine natürliche Festung, deren Eroberung selbst für einen modernen Strategen eine schwierige Aufgabe sein dürfte. Es vergehen Wochen, ohne daß irgendein militärischer Bericht der Angreifer gemeldet wird. Wohl aber kommen Nachrichten von Kämpfen, wonach einzelne Abteilungen der Armee Wu Pei-fus sich mit der Volksarmee verbrüdern und es ablehnen, die Befehle ihres Führers durchzuführen. Tagelang fällt kein Kanonenschuß, bis plötzlich durch einen Bauern beim Hauptquartier der Armee Chang Tso-lins mitgeteilt wird, daß der Nankaupaß von der Volksarmee verlassen sei. Darauf große Siegesfeier in Peking, und die Divisionen der Armee Chang Tso-lins ziehen stolz in die verlassenen Befestigungen und Laufgräben der Volksarmee ein, die sie in vollständig unbeschädigtem Zustande finden. Mittlerweile zieht sich die Volksarmee unter Mitnahme aller Kriegsmaterials vollständig geordnet an der von Nankau nach Sui yan führenden Eisenbahnlinie in das Grenzgebiet der Mongolei zurück. Welche Gründe die militärischer oder politischer Natur für diesen überraschenden Rückzug der Volksarmee maßgebend gewesen sind, ist weder den fremden Gesandten noch den Militärattachés in Peking bekannt. Ob der Rückzug in Uebereinstimmung mit Chang Tso-lin stattgefunden hat, um eine politische Annäherung vorzubereiten, oder ob bei der Führung der Volksarmee militärische Absichten vorlagen, die Armee Chang Tso-lins vor ihrer Beßß zu entfernen und in den ihr bisher unbekannten, für die rückwärtigen Verbindungen gefährlichen Geländen der Mongau zur Schlacht zu zwingen, läßt sich nicht feststellen. Sicher ist nur, daß bisher das einzige Opfer dieser militärischen oder politischen Transaktion der Waffengefährte Chang Tso-lins Wu Pei-fu ist. Die Siegeslorbeeren nimmt Chang Tso-lin für sich allein in Anspruch. Voraussichtlich wird er bei der Neubildung der Regierung in Peking die Freunde Wu Pei-fus durch seine eigenen ersetzen und namentlich seinen Sohn Chang Hsieh-niang mehr in den Vordergrund schieben. Der arme Wu Pei-fu sitzt bei in der Zwickmühle. Während er in Peking um den Rest seines politischen Einflusses gegen über dem Aufsteigen Chang Tso-lin kämpfen muß, ist seine Armee durch den Vorstoß der Armee der Kantonregierung im Norden der Provinz Hunan sehr in Bedrängnis gekommen. Geling ist ihm nicht, den Generalgouverneur von Nanking, Sun Chuan-fang, für seine Sache zu interessieren, so dürfte seine Rolle bald ausgespielt sein. Es ist zu hoffen, daß Chang Tso-lin dieser Erfolg, der ihm allerdings vorläufig nur eine mehr gesicherte Stellung in Peking verschafft, nicht zu Kopf steigen und seine alten, autokratischen Pläne nicht wieder zum Blühen bringt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre sollte er sich bewußt sein, daß nur ein Kompromiß mit den anderen Parteien in China zu einer endgültigen Klärung der Lage führen kann. Sollte er in Ueberschätzung seiner gegenwärtigen militärischen und politischen Lage diese Gedanken sich nicht zu eigen machen, so dürften sich bald die übrigen in China arbeitenden Parteien — und nicht mit Unrecht — gegen ihn als das eigentliche Hindernis der Einigung Chinas wenden.

## Spanien hält an seinen Ansprüchen fest

### Mandat über Tanger und Ratssitz

gp. **London**, 24. 8. (Eigenbericht)

**„Daily Telegraph" behauptet in seinem heutigen Leitaufsatz, daß der Vorschlag, den Spanien der britischen und französischen Regierung amtlich unterbreitet hat, verlangt, Spanien für eine Reihe von Jahren das Mandat über Tanger durch den Völkerbund zu übertragen. Dieser Vorschlag sei in unzweideutigen Ausdrücken mit Spaniens Anspruch auf einen ständigen Ratssitz verknüpft worden.**

Die Form, in der dieser Vorschlag gemacht worden sei, deute auf Spaniens Entschlossenheit hin, die spanische Sache bis zur Entscheidung durchzuführen. Das Blatt beginnt sich mit der Bemerkung, die ganze Tangerfrage werde eine lange und eingehende Behandlung erfordern. Die britische Regierung könne heute ihren Standpunkt unmöglich näher festlegen. Sie könne nur erklären, daß die britischen Interessen bei jeder Lösung voll gewahrt werden müßten. England sei unabänderlich gegen jede Verquickung der Tangerfrage mit der völlig sprunchreifen Frage des Ratssitzes.

### „Wirtschaftliche Abrüstung"

**New-York**, 24. 8. (Sonderdienst der DAZ)

Der deutsche Nationalökonom Prof. M. J. Bonn regte in einem Interview mit dem Vertreter des „New York Times" an, die Vereinigten Staaten möchten eine wirtschaftliche Abrüstung in die Wege leiten, die allen Nationen, kleinen und großen, die Möglichkeit gäbe, in Sicherheit und Frieden frei von jeder Kriegsgefahr zu leben. Er stellte den ernstlichen Wunsch der Vereinigten Staaten, eine militärische Abrüstung herbeizuführen, die kommerzielle und finanzielle Angriffsfuß der Vereinigten Staaten gegenüber, die Europa zu einer von Furcht diktierten Föderation gegen die Vereinigten Staaten zu treiben. Die kommerzielle Tendenz der Vereinigten Staaten werde ebenso folgerichtig wie die Anhäufung von Waffen eine Kriegsursache bilden.

## Pilzvergiftungen im Kinderheim Falkenberg

### 19 Personen erkrankt, fünf bereits gestorben

**Verhängnisvolle Pilzvergiftungen, die in dem St. Michael-Kinderheim in Falkenberg bei Eberswalde vorgekommen sind, beschäftigen die Medizinalbehörden, die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei in Eberswalde.**

In dem Heim bilden die Schwestern, Gärtner, Handdiener und andere Angestellte

**eine Tischgemeinschaft von 19 Personen.**

Am vergangenen Freitag sammelten die Schwestern in den Waldungen der Umgebung des Heims Pilze, die dort in großen Mengen wachsen. Am Sonnabend kochten sie das Gericht, und die Tischgenossen verzehrte es bis auf eine Schüssel voll Pilzen, die übrig blieb. Zwölf Stunden nach der Mahlzeit erkrankten erst einzelne und später noch mehr Teilnehmer der Tischgesellschaft. Es stellten sich Krämpfe in Armen und Beinen, dann auch Herzkrämpfe und Erbrechen ein, alles Zeichen schwerer Vergiftungen. Der Arzt, Dr. Zahlen aus Falkenberg, der zu Hilfe gerufen wurde, fand bei 13 Personen den Zustand, der sich von Stunde zu Stunde verschlimmert hatte, schon so bedenklich, daß er allein nicht mehr helfen konnte. 13 Kranke, darunter einen Gärtner und einen Handdiener, ließ er sofort nach dem Krankenhaus in Eberswalde bringen. Aber auch hier kam die ärztliche Hilfe bei fünf Kranken schon zu spät.

**Die Schwestern und der Hausdiener starben** bereits an den Wirkungen des Giftes. Die anderen acht liegen noch schwer darnieder, und es ist fraglich, ob sie am Leben erhalten werden können. Die übrigen sechs, die im Heim verbleiben konnten, haben von dem verhängnisvollen Gericht wohl weniger genossen. Sie sind bereits über das schwerste hinausgekommen.

Die übriggebliebene Schüssel wurde von Dr. Zahlen sichergestellt und der Staatsanwaltschaft in Eberswalde beschlagnahmt. Nach den bisherigen Feststellungen haben die Schwestern den Knollenblätterpilz mit dem Champignon, der ihm ähnlich sieht, verwechselt. Es ist das einer der giftigsten Pilze.

## Kontrolle der Lebensmittelvorräte

### Frankreichs Maßregeln gegen die Teuerung

a. **Paris**, 24. 8. (Eigenbericht)

Ueber die von der Regierung getroffenen Maßregeln gegen die Teuerung wurde bereits berichtet. Sie erstreckten sich auf eine gewisse Kontrolle der Lebensmittelvorräte, deren Umfang und auch auf den Verbrauch in den Restaurants, wo von nun ab höchstens zwei Gänge erlaubt sind. In den Großmarkthallen wurde auch der Detailhandel nach dem Großgeschäftsverkehr eingeführt. Am zweiten Tage dieser Preisaufsicht zeigte sich aber noch immer kein Interesse des Publikums, besonders deswegen, weil die Vorräte äußerst gering sind und schnell verkauft werden.

**Man hat überhaupt den Eindruck, daß der gute Wille der Regierung allein nicht genügen wird.**

Die Ansprüche und Bedürfnisse der großen Masse regeln zu wollen, ist selbst während des Krieges nur dort möglich gewesen, wo die bittere Not dazu gezwungen hat. Das war und ist aber in Frankreich nicht der Fall, so daß man von dem ganzen Ersparnis- und Verbrauchsbeschränkungsprogramm der Regierung keine großen Stücke hält. Im übrigen beginnt man sich wieder langsam mit der Frage der auswärtigen Kredite zu beschäftigen, obwohl von dem Ausfenthalt des amerikanischen Schatzsekretärs Mellon, des Leiters der englischen Staatsbank Montagu Norman und des Leiters der „Federal Reserve Bank of New York" Strong in Evian-les-Bains nicht mehr gesprochen wird.

Unter dem Titel „Skandalöse Aufkäufe der Preßäpfel" berichtet der Vertreter der nationalistischen „Liberté" aus Cherbourg, daß in der Normandie ein derartig schwunghafter Aufkauf der heurigen Preßäpfel einsetzt, daß die Preise für eine Tonne Aepfel plötzlich von 250 auf 500 Franken gestiegen sind. Der Aufkauf soll auf deutsche und insbesondere englische Rechnung geschehen. Es wäre zu befürchten, daß, wenn keine entsprechenden Maßregeln gegen die Ausfuhr des Obstes getroffen würden, die Bevölkerung der Normandie sich seit 500 Jahren das erstemal genötigt sehen würde, auf ihr Lieblingsgetränk zu verzichten. — Wie verlautet, hat eine Delegation der interessierten Kreise den Handelsminister aufgesucht, um ihn zu ersuchen, Maßgegenmaßregeln zum Schutze der Preisteigerung der Preßäpfel zu ergreifen.

*

d. **Basel**, 23. 8. (Eigenbericht)

Die „Baseler Nachrichten" bemerken zu der Unterbrechung der französischen Anleihe in der Schweiz, daß sich die Schweiz damals wie an der Dawes-Anleihe und der österreichischen und der ungarischen Völkerbundsanleihe, später an einer allgemeinen Anleihe zur Stabilisierung des Franken mit einem entsprechenden Beitrag beteiligen werde. Der Augenblick für eine solche Anleihe sei indes erst gekommen, wenn nach der Ratifizierung der Schuldenkonsolidierungsverträge der Neu Yorker Kapitalmarkt wieder für Frankreich offen sein werde.

### Baldwin und Barthou in Aix-les-Bains

a. **Paris**, 24. 8. (Eigenbericht)

Wie aus Aix-les-bains gemeldet wird, ist dort der englische Ministerpräsident Baldwin mit seiner Gattin eingetroffen. Baldwin gedenkt seinen Aufenthalt bis zum 15. September auszudehnen. Der französische Justizminister Barthou beabsichtigt seine Ankunft für den kommenden Montag an.

### Argentiniens militärische Rüstung

ip. **Buenos Aires**, 24. 8. (Eigenbericht)

„La Prensa" veröffentlicht noch offizielle Angaben des Völkerbundssekretariats die gesamten Militärausgaben der verschiedenen Mächte für Landheer, Marine und Luftstreitkräfte mit dem Budget der argentinischen Landesver. Danach berechnen sich, Dollar umgerechnet, die Ausgaben Staates 4,94, England 12,96, Frankreich 6,43, Italien 3,88, Japan 3,68 und Deutschland 1,70 auf den Kopf der Bevölkerung. Chile habe soeben in gemeinsamer Sitzung der zuständigen Ausschüsse des Senats und der Kammer die Ausgabe von 3,4 Millionen Pfund Sterling für Rüstungszwecke beschlossen.

Demgegenüber befinde sich Argentinien sowohl zu Lande als auch zur See in einem Zustand der Unterlegenheit. Es seien nunmehr drei Jahre verstrichen, seit das Gesetz über die Heeresreform verabschiedet worden sei, ohne daß es bisher vermirklicht worden wäre. Argentinien besitze in Wirklichkeit kein nationales Heer, da infolge der geringen Präsenzstärke weder die allgemeine Dienstpflicht durchgeführt werde, noch die Einberufung der Reserven zu den vorgeschriebenen Uebungen erfolgen könne. Seit zwei Jahrzehnten unterbleibe die Einberufung des gesamten Reserveoffizierkorps und der verschiedenen Jahrgänge der Mannschaftsklassen. Auf diese Weise würde jede große Mobilmachung, die zwar in weiter Ferne liege, aber doch nicht ganz ausgeschlossen sei, hinfällig. Volle Anerkennung dagegen verdiene die vollständige Fernhaltung der argentinischen bewaffneten Macht von jeder Politik.

### Amerika-Anleihe für Preußen

Zu den Meldungen über Verhandlungen des Preußischen Staates mit einem internationalen Konsortium unter Führung von Harris Forbes u. Co. in New York werden Aufsegung einer Anleihe erfahren wir zuverlässig, daß es sich hierbei lediglich um eine Fortführung der bereits zu Anfang des Jahres mit dem genannten Konsortium eingeleiteten Besprechungen handelt. Der Betrag, der zur Diskussion steht, beträgt etwa 15—20 Mill. Dollar. Im übrigen ist der preußische Finanzdezernent im Augenblick keineswegs so dringend, daß die Regierung auf ein baldiges Zustandekommen des Projekts angewiesen sein dürfte.

### Arbeitskämpfe im Saargebiet

hz. **Saarbrücken**, 24. 8. (Eigenbericht). Das Eisenwerk Sankt Ingbert hat heute wegen Zeitstreiks der Drahtseilerei etwa ein Viertel der Belegschaft mit 460 Mann entlassen. Die Direktion kündigt die Stillegung des Gesamtbetriebes für den Fall an, daß die Streikenden die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

## Die Randstaaten und Sowjetrußland

### Lettland zu Einzelverhandlungen bereit

vt. **Riga**, 24. 8. (Eigenbericht)

**Dem Vertreter Sowjetrußlands in Riga ist offiziell mitgeteilt worden, daß die lettländische Regierung in der Garantiepaktfrage nicht mehr auf ihren Vorschlag bestehe, zunächst eine genstische vorbereitende Kommission zu bilden, sondern nunmehr bereit sei, die Verhandlungen unmittelbar mit der Moskauer Regierung zu führen. Lettland behalte sich jedoch freie Hand vor, den Zusammenhang mit allen den Staaten, die an der Regierung der Garantiefrage unmittelbar interessiert seien, aufrechtzuerhalten.**

Seit sechs Jahren befinden sich die baltischen Staaten im Friedenszustande mit Rußland. Bis jetzt ist es aber nicht möglich gewesen, einen wirklichen und dauerhaften modus vivendi zwischen den Randstaaten und ihrem großen östlichen Nachbarn vertraglich festzulegen.

**Vor zwei Jahren scheiterten die Verhandlungen**

daran, daß die kleinen baltischen Staaten einen Sicherheitsvertrag mit dem übermächtigen Rußland ohne Schiedsgerichtsbarkeit zurückweisen, während andererseits das bolschewistische Moskau einen Schiedsrichter aus den Reihen der bürgerlichen Mächte nicht für neutral ansehen wollte. Seit einiger Zeit betreibt Moskau aufs neue den Abschluß von Verträgen mit den baltischen Staaten in rührigster Weise. Während man aber jetzt in der Schiedsgerichtsfrage zu einer Einigung zu kommen hofft, klafft diesmal ein anderer Widerspruch zwischen den weitlichen und den östlichen Vertragspartner. Die baltischen Staaten bestehen auf dem

**Abschluß eines Kollektivpaktes,**

der ihnen als einem einigen Block ein größeres Gewicht verleihen würde, während Moskau nach dem Prinzip divide et impera mit jedem Partner einzeln verhandeln und abschließen will. Auf diese Differenz bezieht sich der Passus von der freien Hand. Doch stellt die lettländische Note im übrigen einen Schritt vorwärts auf dem eingeschlagenen Verhandlungswege dar.

### Die russisch-finnischen Garantieverhandlungen

ca. **Helsingfors**, 24. 8. (Eigenbericht)

Die finnische Regierung hat dem russischen Gesandten in Helsingfors offiziell mitgeteilt, daß sie nunmehr bereit ist, in unmittelbare Verhandlungen mit der Sowjetregierung wegen des Abschlusses eines russisch-finnischen Garantievertrages einzutreten. Bezüglich der Fühlungnahme mit Staaten, die durch einen derartigen Vertrag berührt würden, müsse sich finnischerseits jedoch volle Handlungsfreiheit vorbehalten. Zu Unterhändlern wurden ernannt der finnische Gesandte in Paris, Enckell, Direktor Tanner und Friherre Pejö-Koskinen.

### Englische Tendenzmeldungen über Rußland

a. **Paris**, 24. 8. (Eigenbericht)

Es vergeht kein Tag, daß die Pariser Reichspresse nicht irgendeine Meldung über die innerpolitischen Kämpfe in Sowjetrußland bringt, um ihren Lesern klar zu machen, daß es mit dem Sowjetregime zu Ende gehe. Havas berichtet heute aus Riga, man erwarte, daß Kamenew bei mit der Entscheidung des Handelskommissariats jede Regierungsfunktion verloren habe, demnächst seine Kandidatur für das politische Büro zurückziehen werde. Damit dürfte aber auch die Stellung Trotzkis sich schwierig gestalten, da er nunmehr die Opposition im politischen Büro allein vertrete. Seine Autorität im Rate der Regierung sei im Schwinden begriffen. Die gegenwärtigen Machthaber suchten ihn von dort zu verdrängen. In der kommunistischen Masse dagegen wachse sein Anhang. Man will wissen, daß Kamenew Sowjetbotschafter in London werden solle, da Krassin diesen Posten bisher nicht angetreten habe. Kamenew soll sich aber weigern, einen Auslandsposten anzunehmen.

### Gemaßregelter Journalist in Portugal

wn. **Lissabon**, 24. 8. (Eigenbericht)

Die portugiesische Militärregierung hat dieser Tage den angesehenen Journalisten Homem Christo, Chefredakteur der „Democracia", verhaften lassen und aus Portugal ausgewiesen. Den Grund zu dieser aufsehenerregenden Maßregel bildet eine Reihe von Artikeln, in denen Homem Christo in sachlicher Weise Hinzugefügt der Bank von Portugal kritisierte. Seine Artikel waren von der Zensur vor der Veröffentlichung geprüft und zugelassen worden.

Die gesamte Lissaboner Presse kritisiert sehr scharf diese Maßregel. Der Justizminister erklärte ihrem Vertreter, Homem Christo sei nicht wegen seiner Artikel, sondern anderer „Delikte" halber ausgewiesen worden. Der Ministerpräsident Carmona bedauerte jedoch seiner. Kollegen, indem er erklärte, die Ausweisung sei eine Folge der „aufreizenden" Kritik von Homem Christo.

### Internationales Pfadfinderheim

d. **Basel**, 24. 8. (Eigenbericht)

Der 4. Internationale Pfadfinderkongreß in Kandersteg im Berner Oberland wurde durch die Einweihung des ersten Internationalen Pfadfinderheims in Kandersteg eingeleitet, und zwar durch den Pfadfindergeneral Baden-Powell persönlich. Welchen Wert die schweizerische Regierung auf seine Anwesenheit legte, geht daraus hervor, daß ihn der Bundespräsident am Freitag persönlich in Kandersteg begrüßte. Das Pfadfinderheim ist bereits bis unter das Dach mit Jugend überfüllt, die von 33 Nationen herbeigeeilt ist. Auf dem Kongreß werden u. a. Erziehungsfragen der Pfadfinder, Leben und Treiben innerhalb der Pfadfinderkreise behandelt, ferner staatsrechtliche und organisatorische Fragen. Zur Teilnahme an den staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Fragen hat das Völkerbundssekretariat zwei Beamte nach Kandersteg entsandt.

## Danzigs Finanzsanierung

### Die Regierungsvorlage dem Volkstag vorgelegt

z. **Danzig**, 24. 8. (Eigenbericht)

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat nach eingehender Beratung nunmehr dem Danziger Volkstage die Regierungsvorlage über die Finanzsanierung zugehen lassen. Sie wird durch das Präsidium des Danziger Volkstages den Volkstagsabgeordneten, die am Mittwoch, nach den Ferien, zum erstenmal wieder zusammentreten, zu rechtzeitig zugestellt werden, daß damit gerechnet wird, sie bereits Ende dieser Woche im Plenum zur Erörterung zu bringen, um sie noch vor Beginn der Septembertagung des Völkerbundsrats zu verabschieden.

Der Regierungsvorlage ist

**eine ausführliche Denkschrift**

über das Problem der Finanzsanierung in der Freien Stadt Danzig beigegeben worden. Die Regierungsvorlage gliedert sich im übrigen in eine Reihe von Gesetzesvorlagen. Dem Volkstage sind vorgelegt worden: ein Gesetz über die Feststellung eines Nachtragshaushaltsplans für 1926, der entsprechende Abstriche im Staatshaushaltsplan vorsieht, ein Ermächtigungsgesetz zur Aufnahme einer Anleihe, ein Gesetz über die Aenderung der Dienstbezüge der Staatsbeamten, und einer eine Herabsetzung der Gehälter in der Staffelung von 4 bis 10 Prozent.

Fernerhin kommt ein Gesetz zur Vorlage über die Erhebung einer Abgabe zur Aufbringung der Kosten für die Gewerbeaufsicht, ein Gesetz zur Abänderung der Einkommensteuer, ein weiteres Gesetz über die Erhebung eines Zuschlages zur Einkommensteuer, ein Gesetz zur Aufhebung der Luxussteuer und endlich ein Gesetz über Maßregeln auf dem Gebiete der Rechtspflege.

### Das Sowjet-Konsulat in Danzig

lz. **Danzig**, 24. 8. (Eigenbericht)

Mit Rücksicht darauf, daß die Warschauer Presse, insbesondere der „Kurjer Warszawski", die Frage eines russischen Generalkonsulats in Danzig in entsprechender Weise behandelt, habe ich Gelegenheit genommen, mich hierüber zuverlässig zu informieren, und gebe darüber folgenden Sachverhalt:

Die Freie Stadt Danzig hat seit längerer Zeit den Wunsch geäußert, daß sowohl das polnische und das russische Konsulat auch ein russisches Konsulat in Danzig zu sehen, um

**Handelsbeziehungen zu Rußland**

anzuknüpfen. Wenn es bisher zu keiner Errichtung eines russischen Konsulats in Danzig gekommen ist, so lag das daran, daß die Freie Stadt Danzig in ihren auswärtigen Angelegenheiten vertragsgemäß Verhandlungen über die Errichtung eines russischen Konsulates in Danzig über Polen leiten mußte, die sich indessen sehr erheblich in die Länge zogen. Sodann mußte noch der Abschluß des russisch-polnischen Konsularvertrages abgewartet werden. Da nun vor kurzem der russisch-polnische Konsularvertrag tatsächlich zum Abschluß gekommen ist, lagen keinerlei Schwierigkeiten für die Errichtung eines russischen Konsulates in Danzig mehr vor.

Indessen lief neben dieser grundsätzlichen Frage eine Angelegenheit rein zivilrechtlicher Natur, die sich auf

**die Besitzverhältnisse des ehemals kaiserlich russischen Konsulargebäudes**

in Danzig bezogen. Der letzte russische Generalkonsul des Zarenreichs, Stassiow, in Ostrowitz, hat beabsichtigt, das dortige Konsulargebäude als Eigentum des Zaren, bzw. seiner Rechtsnachfolger, woraus sich eine strittige Angelegenheit mit der Sowjet-Union ergab, die das Gebäude für sich beanspruchte. Zu einer endgültigen Klärung dieser Rechtsfrage ist es indessen nicht gekommen. Wie man mir in dem Zeitpunkt zu verschenken, daß der Staatsrat in Ostrowitzki das ehemals russische Konsulargebäude in Danzig räumte und damit seine Hinderungsgründe vorlegen, das Gebäude für die Zwecke des Sowjetkonsulates in Anspruch zu nehmen.

Wann das Konsulat in der Freien Stadt Danzig eröffnet wird, steht noch dahin. Jedenfalls ist noch nicht bekannt, ob die Nachricht zutreffend ist, daß der bisherige Sowjetgesandte in Warschau, Gesandtschaftsrat Ussanow, zum Leiter des Sowjetkonsulates in Danzig in Aussicht genommen worden sein soll.

### Rumänische Waffenbestellung in Italien

x. **Bukarest**, 24. 8. (Eigenbericht)

„Vittorul" schlägt Alarm wegen einer rumänischen Waffenbestellung in Italien, die den Interessen des Landes angeblich direkt zuwiderlaufe. Es handelt sich um den Kauf der Marine-Gewehre (wie man wissen will, aus der alten österreichischen Kriegsbeute) für die Summe von 300 Millionen Lei. Das liberale Parteiblatt fügt hinzu, daß der italienische Kaufantrag schon der liberalen Regierung vorgelegen habe, aber zurückgewiesen worden sei.

Das Argument, daß in Zeitalter der „Abrüstung" solche Waffenbestellungen überflüssig oder unzeitgemäß seien, findet sich nirgends. Dagegen blasen auch die demokratischen Blätter der Opposition lustig in das Horn der Entrüstung: „Wenn uns die Italiener an Stelle der Bargeldzahlung alte, von den Oesterreichern erbeutete Kriegsmaterial liefern, das in ihren Magazinen rostete," heißt es, „so können auch wir „Auslandsanleihen" anbieten: Die von den Russen zurückgelassenen Wagenparks und Habermagazine, die doch eine glänzende Lieferung darstellen!"

### Neue Verhandlungen mit Rumänien

x. **Bukarest**, 24. 8. (Eigenbericht)

Vor einiger einem Jahre hatten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Rumänien und Deutschland, hauptsächlich wegen der Frage der von den deutschen Besatzungstruppen herausgegebenen Banknoten der „Zentralbank Gerstala", deren endgültige Erledigung durch den Dawesplan hier sehr peinlich empfunden wurde, fast zum Wirtschaftskrieg zugespitzt. Zwei Vertreter der deutschen Regierung haben nun bei amtlichen Stellen (darunter bei Staatssekretär Manolescu) in der Frage sondiert und scheinen nicht ungünstige Eindrücke erhalten zu haben. Es ist möglich, daß die infolge der Uebernahme der liberalen Regierung einerseit brüst abgebrochenen Russischeverhandlungen wieder aufgenommen werden.

## Grundsätzliches zum Magdeburger Fall

Von

**Dr. Ernst Müller-Meiningen,**

Staatsminister a. D.

Der Verfasser dieser Zeilen hat in den letzten Jahren immer wieder — oster, als es ihm lieb war — auf die Gefahren hingewiesen, die der Unabhängigkeit des deutschen Berufsrichters drohen. Sie drohen seit der Staatsumwälzung vom November 1918. Damals hieß es offen: Nach dem deutschen Offizierkorps weg mit dem deutschen Berufsrichter! „Schildträger der Reaktion" nannte ihn ein radikales Schlagwort. Wer von den Heißen dachte daran, daß einstmals der deutsche Richter „Schildträger des — politischen — Liberalismus" war, als dessen Stütze der fortschrittliche Liberalismus selbst mit Recht galt?

Die Phrase des „reaktionären Richtertums" entstand, als man ihm zumutete, aus politischen Motiven das Recht zu beugen, als man durch die Art einer Behandlung ihn zum Büttel einer bestimmten politischen Anschauung, die angeblich gerade herrschte, zu machen suchte und ihn äußerterweise durch alle möglichen Schikanen ideeller und materieller Richtung noch recht drängte. Dabei fiel es dem Schreiber dieser Zeilen niemals ein, Fehler und Mißgriffe einzelner politischer Hilfsperone im Lager der Berufsrichter zu bemänteln oder zu leugnen. Die Verallgemeinerung solcher ist das Ungerechte und Verhängnisvolle, weil tief Verbitternde. Und schließlich sind jene Mißgriffe die Konsequenzen der von gegnerischer Seite unrichtigen Politisierung des unabhängigen Berufsrichterstandes!

Angesichts der Gefahren für Staat und Recht aus dieser Atmosphäre der Feindseligkeit und des Mißtrauens gegen den Richterstand hat der Verfasser beim Deutschen Richtertag in Augsburg (Oktober 1925) den Appell an den deutschen Richter gerichtet, seine Unabhängigkeit nach unten wie nach oben stärkstens zu wahren. Das Echo war das radikale offene Geständnis, mit der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Berufsrichters ein Ende zu machen. Eingeleitete, die nicht gefielen, wurden zu „reaktionären" Grundsätzen umgetempelt. Es ertönte das böse Wort: „Geschieht der Republik recht, daß sie es sich gefallen läßt, daß Republikaner minderen Rechts sind als die Richtrepublikaner (!), bis zu dem Wort des Anti-Richter-Hofmeisters Levy, daß jetzt ein Ende mit dem „reaktionären Richter" gemacht werden müsse, da dieser nicht zur herrschenden Staatsform passe!" Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse mit ihrer Durchkreuzung jeglicher objektiven und überparteilichen Untersuchung durch den Berufsrichter waren bereits sinnfälliger Ausdruck des grundsätzlichen, durch eine steige politische Hetze genährten Mißtrauens, dem mit Naturnotwendigkeit die Eingriffe einer politischen Verwaltungsjustiz in die richterliche Tätigkeit folgen mußten. Das entschiedene Eintreten des Kampfes gegen den überparteilichen Berufsrichter ist damit erreicht.

So ist auch der sogenannte „Magdeburger Fall" nichts anderes als die Konsequenz aus der systematischen Unterspülung der Autorität des Berufsrichters zugunsten des politischen Wahlrichters. Der Republikanische Richterverein hat offen verlangt, daß nur Richter, die sich zur Republik bekennen, höhere Justizstellen erlangen dürfen und das richterliche Prüfungswesen restlos beherrschen müssen, um den Richterstand politisch zu gestalten. Was wunder, daß die politische Macht in das Recht willkürlich einzugreifen versucht? Das Recht in dem „Magdeburger Falle" ist klar in den Bestimmungen der Gerichtsverfassung und Strafprozeßordnung niedergelegt (§ 153 Gv.R.G. und §§ 161, 180 Str.P.O.). An ihm kann ein noch so vorübergehender tatsächlicher Fehler einer einzelnen Person, auch des Untersuchungsrichters, nichts ändern. Sein Verhalten im einzelnen kann hier völlig ausgeschaltet bleiben. Der Vorwurf der Bereitung seines Vorgehens ist freilich nur dem möglich, der die Untersuchungsakten und die in Betracht kommenden Personen bis ins Kleinste kennt. Journalistischer Dilettantismus ist auf keinem Gebiete gefährlicher als auf dem der Rechtsprechung.

Der Verfasser behandelt hier nur kurz die grundsätzlichen Fragen. Danach ist der Untersuchungsrichter der unbedingte Herr der Voruntersuchung. Weder Staatsanwalt noch Polizei haben irgendwie das Recht, ohne oder gar gegen den Untersuchungsrichter entscheidend einzugreifen. Nur die Beschwerdekammer, also das Kollegium von Berufsrichtern, kann Fehlern des Richters abhelfen — abgesehen von etwaigen disziplinarisch zu ahndenden Verletzungen des Gesetzes. Mögen die einzelnen Handlungen des Untersuchungsrichters im konkreten Fall merkwürdig, ja für den ersten Blick unerklärlich erscheinen, mag seine Weigerung, auf die Intentionen tüchtiger Kriminalbeamten einzugehen, sehr hart gewesen sein — wesentlich hatte er das gesetzliche Recht, zu verlangen, daß die Polizeibeamten als seine Hilfsorgane nur nach seinen Weisungen tätig werden. Der Staatsanwalt, der dem Vorgehen des Untersuchungsrichters in gewissem Sinn den Weg weisen kann, konnte von dem zuständigen preußischen Justizministerium Weisungen empfangen. Jedenfalls war dieses letztere allein zuständig, in der Sache eventuell helfend einzug